BPA - Nachrichtenabt.
Ref. II R3
Rundf.-Ausw. Deutschland

1) Abl 5144 WV
2) 512 Abl

Lambsdorff
Auszug

A

DLF / 14.9.1982 / 07.20 / Gö

Dr. Otto Graf Lambsdorff, Bundesminister für Wirtschaft,

über sein Positionspapier

Frage (Krönig): ... Sie haben einmal - nach dem Münchner Parteitag - der SPD ... vorgeworfen, sie hole aus der sozialistischen Gruselkammer Folterwerkzeuge für die Wirtschaft hervor. Muß man nicht angesichts der drastischen Vorschläge, die Sie machen, von liberalen Folterwerkzeugen für den 'kleinen Mann' sprechen?

Antwort: Erstens finde ich es angenehm, daß Sie von liberalen Folterwerkzeugen sprechen - wenn überhaupt Folterwerkzeuge -, und zweitens nicht von neokonservativen, was ja die neueste Wortwahl ist, um vermeintlich jemand damit totzuschlagen. Richtig ist, daß die Vorschläge, die ich gemacht habe, ganz gewiß eine bittere Medizin darstellen und bei niemandem Frohlocken und Wohlwollen auslösen können. Ich habe mit nichts anderem als prinzipiell - nicht im einzelnen - mit einer solchen Kritik gerechnet, ... aber ich habe bisher nicht gehört, daß es wesentliche Stimmen gegen die Diagnose gegeben hat, gegen die Zustands- und Lagebeschreibung, die ich meinen Vorschlägen ja sehr ausführlich vorangestellt habe und die nun, glaube ich, ... wenig Möglichkeiten offenläßt, sich mit weißer Salbe ... herausmogeln zu wollen.

Frage: Nun könnte ja die Medizin so bitter sein, wie sie will, wenn man glauben könnte und auch Erfahrungen hätte, daß das, was Sie empfehlen, helfen würde, aber wenn wir uns in der Welt umschauen, überfallen einen doch Zweifel?

Antwort: Das ist richtig, wenn Sie sich in der Welt umschauen, ohne - mit Verlaub - die 33 Seiten richtig gelesen zu haben. Wenn z.B. ... Herr Stoltenberg gestern abend im Fernsehen meinte, schnelle Steuersenkungen hätten sich auch bisher - und da wird ja von anderer Seite gesagt - nicht als investitionsanregend erwiesen, dann hat er damit sicherlich recht. Deswegen schlage ich auch keine schnellen und vor allem keine einseitigen Steuersenkungen vor, sondern eine zeitlich abgesetzte und abgestufte Steuerumschichtung. Ich will nicht - und ich glaube nicht, daß uns das helfen würde - die Steuereinnahmen des Staates generell heruntersetzen. Die Steuerlastquote muß, so wie die Dinge nun einmal liegen, bleiben wie sie ist, sie darf allerdings keinesfalls ansteigen.

Frage: Sie wird aber verlagert?

Antwort: Sie wird verlagert, aber wir können nicht die Defizite noch stärker anwachsen lassen, sie wird verlagert, wächst von den direkten Steuern ... in der jetzigen Höhe hin mehr zu den indirekten Steuern ... Und da hat es im übrigen seit Jahren eine Diskussion gegeben, an der sich hervorragende sozialdemokratische Finanzwissenschaftler beteiligt haben, die diesem Trend seit langer Zeit das Wort reden.

Und die früheren Finanzminister Apel und Matthöfer ... haben sich di ser Richtung vor langen Jahren schon angeschlossen.

Frage: Die Nachfrage wird aber doch zurückgedrängt. Die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen sind einer Vielzahl von Beschränkungen ausgesetzt. Folgt man Ihrem Konzept - sinkende Reallöhne, BAFöG soll wegfallen, Kindergeld wurde schon gekürzt, Krankheitskosten sollen stärker auf den einzelnen verlagert werden, die Mehrwertsteuer soll zum Ausgleich ... erhöht werden -, dieses alles schafft vielleicht ein Klima, das günstig ist für den Unternehmer, den Verbraucher und die Nachfrage aber schockiert es doch?

Antwort: Ich glaube nicht, daß das so ist. Erstens muß man natürlich jetzt schon sehen, daß die private Nachfrage zurückgeht, weiter zurückgehen wird. Gehen Sie mal in ein Einzelhandelsgeschäft ... und hören sich an, wie die Auswirkungen der letzten Maßnahmen gerade im Einzelhandel, gerade bei der privaten Nachfrage gewirkt haben. Aber hier muß ich sagen - und dies ist nun nicht meine persönliche Meinung, sondern das ist ja eine Position, die die Bundesregierung eingenommen hat -, die achtziger Jahre, haben wir gesagt, sollen Jahre der Investitionen werden, nämlich um Arbeitsplätze zu schaffen und nicht Jahre des Konsums. Wen wundert es, daß dann der Konsum auch zurückgeht, daß das die unauflösliche Folge ist, die wir gar nicht vermeiden können. Es geht um die Frage: Schaffen wir Arbeitsplätze, oder begnügen wir uns damit, die Arbeitslosen zu unterhalten, die Arbeitslosen mit Arbeitslosengeld zu versehen. Ich habe den Eindruck, diejenigen, die arbeitslos sind, möchten natürlich Arbeitslosengeld haben, weil sie nicht fallengelassen werden sollen - und dies ist auch nicht mein Vorschlag. Niemand, der in echte Not gerät, darf von der Versichertengemeinschaft ... fallengelassen werden. Aber jeder, der seinen Arbeitsplatz verliert, möchte doch in Wahrheit - wenige Ausnahmen widerlegen diese Regel nicht - einen neuen Arbeitsplatz haben und nicht ... bis ans Ende seiner Tage etwa Arbeitslosengeld beziehen müssen.

Frage: Ist es nicht ein Irrtum, zu glauben, daß Unternehmen dann mutig an Investitionen rangehen, wenn die Steuern gesenkt worden sind für sie ... und die Beschäftigten weniger krank werden?

Antwort: Nein, ... das wäre ein Aberglaube, wenn man das so kurzfristig sehen wollte, und wenn man die Reaktionen der Unternehmen auch so einschätzen würde. Aber richtig ist, daß jedenfalls - lassen es Sie mich mal ganz vorsichtig, nur negativ ausdrücken - nicht investiert wird, wenn es keine Klarheit, keine einigermaßen vorhandene Klarheit über die Entwicklung ... der nächsten zwei, drei Jahre geben kann und nicht gibt. Dies sind doch die vielen Fragezeichen, das macht doch die Unsicherheit aus, das macht den Pessimismus aus, daß die Leute sagen: Wir können ein paar Monate weit sehen. Aber Investitionen sind ihrer Natur nach mittel- und langfristige Entscheidungen. Und wenn ich auf der Autobahn eine Nebelbank vor mir sehe, dann fahre ich doch nicht mit Vollgas da herein, da nehme ich den Fuß vom Gashebel, und genau das erleben wir im Augenblick bei den Investitionsenscheidungen: Der Fuß wird vom Gashebel genommen, weil die Sicht auf der Straße nicht klar ist.

Frage: Noch im Dezember '81 hat die FDP Leitlinien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit vorgelegt. Darin wird auch ausdrücklich der Mutterschaftsurlaub als eine Maßnahme erwähnt, die den Arbeitsmarkt positiv beeinflußt, weil entlastet. Jetzt wollen Sie diesen Mutterschaftsurlaub

streichen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wie verträgt sich das?

Antwort: Ja, das ist richtig. Es sind einige Punkte auch in unseren eigenen Überlegungen, die ich mir noch einmal vorgenommen habe und die ich auf dem Hintergrund einer Entwicklung zu überpüfen hatte - und dann auch überprüft habe, wie sie sich jetzt - ausgedrückt durch die Zahl: in absehbarer Zeit zwei Millionen Arbeitslose, und im Jahre 1983 könnte das ja schon die Durchschnittszahl an Arbeitslosen werden, wenn es so weitergeht, wie (unverständlicher Satzteil) daraufhin noch einmal zu sehen war. Und da bin ich ...zu dem Ergebnis gekommen, daß der Mutterschaftsurlaub eine finanzielle Belastung darstellt, die zunehmend wächst, und daß wir vor allem das Ziel, das wir mit diesem Einstieg erreichen wollen, nicht nur der berufstätigen Mutter, sondern auch der Hausfrau und Mutter in gleicher Weise zu Hilfe zu kommen, aus finanziellen Erwägungen beileibe nicht erreichen können. Da schien es mir richtig, nicht nur die Streichung vorzuschlagen - das habe ich nicht getan -, sondern über eine mehrjährige Aussetzung einmal zu diskutieren. Man muß ja das eine oder andere sich schon ansehen, was ich vorgeschlagen hbe. Wenn z.B. gestern abend über beide deutsche Fernsehanstalten stundenlang lief, ich wolle Karenztage bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einführen, dann kann ich nur sagen: ... Das steht in meinem Papier nicht drin, ich habe das nicht vorgeschlagen.

Frage: Wie Sie ja auch erstaunlicherweise nicht vorgeschlagen haben, die Bauern ... stärker zu besteuern?

Antwort: Die Bauern ... sind in den vorgesehenen Haushaltsbeschlüssen für 1983 und folgende, werden sie bereits steuerlich zur Kasse gebeten, sie werden außerdem im Bereich der ... sozialpolitischen Maßnahmen gekürzt werden. Aber ich bin durchaus bereit, und ich glaube, das müssen wir auch tun. Sehen Sie sich einmal das Kapitel Subventionen der Wirtschaft einschließlich Steuervergünstigungen an, steht ausdrücklich drin, niemals wird darauf hingewiesen, daß ich damit der Wirtschaft zumute, nicht nur die Barzahlung als Subvention, sondern auch die Steuervergünstigung, in die wir doch viele Subventionen kleiden. Es wäre geradezu albern, zu glauben, dies könne man nicht unter dem Begriff Subventionen fassen, und darunter fällt selbstverständlich - zur Wirtschaft gehört auch die Landwirtschaft -, gehört auch eine Überprüfung steuerlicher Subventionen für die Landwirtschaft, was bei der Landwirtschaft das Heranziehen zur Besteuerung ganz allgemein ... einschließt.

Frage: Hat Sie die Reaktion der CDU insgesamt enttäuscht, insbesondere daß der künftige, wahrscheinliche Regierungschef ... Helmut Kohl die Vorschläge für zum Teil sozial nicht ausgewogen hält?

Antwort: Nen, das hat mich nicht überrascht. Herr Kohl hat ja schon bei den Haushaltsbeschlüssen 1983 es fertiggebracht, dem DGB einen Brief zu schreiben, diese Vorschläge seien unausgewogen. Dann ist es nur logisch, daß er das, was ich vorgeschlagen habe, mit der gleichen Qualifikation belegt.

Frage: Glauben Sie denn, daß Sie unter einem Regierungschef Kohl diese Grundgedanken, die Sie da niederglegt haben, im wesentlichen zumindest verwirklichen können?

Antwort: Grundgedanken - das war ja aus den Stellungnahmen gestern z entnehmen -, das scheint mir möglich zu sein. Alle Einzelheiten nicht das habe ich mir aber auch nie eingebildet, daß man alle Einzelheiten, die ich vorgeschlagen habe, Stück für Stück in die Wirklichkeit umsetzen kann - mit wem auch immer.

Frage: ...Die FDP war nicht völlig auf der gleichen Linie. Frau Matthäus beispielsweise ... spricht von einem Horror-Papier und sagt, dies könne kein Konzept der FDP werden und wenn doch, dann sei es eine andere Partei. Wollen Sie eine andere Partei?

Antwort: Ich will keine andere Partei. Ich wäre ganz traurig, ... wenn plötzlich die FDP in irgendeiner Sache völlig auf einer Linie wäre, wäre ganz schlimm... Aber was das Präsidium gestern gesagt hat ... und wie das Präsidium diese Beratungen geführt hat, nämlich mit allem Ernst und mit aller Bereitschaft zu diskutieren und einer mich treffenden Bemerkung, nämlich dem Hinweis darauf - die schärfste Kritik habe ich darin gesehen - : 'Das hättest du mal vor einem Jahr schon bringen sollen, das hätte uns mehr geholfen und wäre besser gewesen!' Diesen Schuh muß ich mir anziehen.

Frage: Das heißt, aus Ihrer Sicht macht die Partei im wesentlichen - von einigen Kritikern abgesehen - mit, auch mit, was den künftigen Wechsel angeht in der Sachpolitik?

Antwort: Ich will ... die Meinungsbildung der Partei und darf sie gar nicht vorwegnehmen. Heute werden wir in der Fraktion diskutieren. Das Präsidium hat gesagt: Breite Diskussion in der Partei, das ist der Sache angemessen. Mich erinnert die kräftige Kritik schon ein bißchen an die Kritik nach meiner Rückkehr von der Japan-Reise, wo ich gewaltig beschimpft wurde, und dann hat sich das gesetzt. Dann haben alle ein zweites Mal nachgedacht, und dann hatten wir - im ganzen Lande übrigens - eine sehr sachbezogene, rationale Diskussion. Ich sehe der Entwicklung mit großer Ruhe, aber auch mit großem Interesse entgegen.

Frage: Ich habe nicht gefragt danach ..., ob Sie glauben, daß Sie dieses Konzept mit der SPD durchsetzen können?

Antwort: Nach der gestrigen Stellungnahme des SPD-Präsidiums ist da nicht viel Hoffnung.

Frage: Und das heißt ja auch, das war eine Aussage zur künftigen Koalitionsarbeit, bzw. zum Ende dieser Koalition?

Antwort: Ich sage es noch einmal, auch wenn es nicht geglaubt wird und wenn mir alles Mögliche andere unterstellt wird: Als ich im Juli mit dieser Arbeit angefangen haben habe, habe ich nicht Koalitionsüberlegungen, sondern Sachüberlegungen in den Vordergrund gestellt. Und wer es nicht glauben will, der sehe doch die Reaktionen der CDU an.

Frage: Aber jetzt entstehen auch neue Koalitionsüberlegungen daraus?

Antwort: Dies mag dazu beitragen, aber es nicht das Ziel der Sache gewesen, und es ist auch nicht mein Ziel, die Diskussion dorthin zu führen. Es geht mir - noch einmal sei es gesagt - um 2 Millionen Arbeitslose. Und jeder möge bitte aufstehen und sagen, dies sei für ihn nicht das wesentliche politische Ziel, dies sei nicht die Aufgabe Nummer: eins, die wir zu lösen haben. Dann hat man wenigstens Klarheit, für mich ist es die Aufgabe Nummer: eins!

* * *

B

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Nr. 87/S. 793 Bonn, den 20. September 1982

Bulletin

Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag

Bundeskanzler Helmut Schmidt gab in der 115. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. September 1982 folgende Erklärung ab:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Bericht zur Lage der Nation am Donnerstag, dem 9. September 1982, habe ich mit großer Sorge zur innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Die Lage war und blieb auch danach durch Unsicherheit und Ungewißheit über den Bestand der sozial-liberalen Koalition gekennzeichnet.

Seit Herr Kollege Genscher im Sommer 1981 das Wort von der Wende geprägt und seitdem viele Male ausgesprochen hat, war zweifelhaft geworden, ob die FDP bis zum Ende der vierjährigen Wahlperiode an der vom Wähler 1980 eindrucksvoll bekräftigten Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten festhalten will.

Diese Zweifel hatten sich seit der Koalitionsaussage der hessischen FDP zunehmend verstärkt. Die für jene Zusage an die CDU zunächst gegebene Begründung, man wolle durch eine CDU/FDP-Koalition in Hessen die sozialliberale Koalition im Bundestag weiterhin stützen, ist zu keiner Zeit glaubhaft gewesen, sie wird auch heute schon längst nicht mehr gebraucht.

Ich habe deswegen in der vorigen Woche den Bericht zur Lage der Nation zum Anlaß genommen, nachdrücklich den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Wahrheit und Klarheit zu unterstreichen.

Wahrheit und Klarheit der politischen Willensbildung sind Voraussetzung für eine handlungsfähige Regierung und Gesetzgebung, Voraussetzung für innere und soziale Stabilität, für die wirtschaftspolitische Stabilität und vor allem für die außenpolitisch notwendige Verläßlichkeit der Regierungspolitik. Mit einem Wort: Die politische und wirtschaftliche Weltkrise verlangt eine voll handlungsfähige Bundesregierung.

Mein Appell und die Plenardebatte am Donnerstag letzter Woche haben – leider – die notwendige Klärung nicht gebracht. Herr Dr. Kohl hat meine Aufforderung nicht angenommen, die von ihm angestrebte Kanzlerschaft unverzüglich über ein konstruktives Mißtrauensvotum nach Artikel 67 des Grundgesetzes zu erreichen und danach Neuwahlen herbeizuführen.

Aber ebensowenig haben sich die Kollegen Genscher und Mischnick eindeutig und unmißverständlich ohne Wenn und Aber für das Festhalten ihrer Partei an der sozial-liberalen Koalition ausgesprochen. Der eine klare Satz hat immer gefehlt, und er fehlte auch in dieser Woche, die morgen zu Ende geht, nämlich der Satz: Die FDP steht fest zur sozial-liberalen Koalition.

Mit Recht hat zum Beispiel eine Zeitung am Tage nach der Debatte zur Lage der Nation geschrieben: „Herr Genscher lieferte eine auf charakteristische Weise zweideutige Rede, die es vermied, seine Partei in der Koalitionsfrage festzulegen."

Seitdem sind täglich Zweifel und Ungewißheit über Wege und Ziele der FDP gewachsen.

Ich bedauere dies außerordentlich. Denn ich bin nach wie vor der Überzeugung, daß es auch heute einen großen und soliden Bestand substantieller politischer Gemeinsamkeit zwischen Sozialdemokraten und Liberalen gibt.

Ich glaube deshalb, daß es uns in einer großen gemeinsamen Anstrengung hätte gelingen müssen – soweit das einem einzelnen außenwirtschaftlich hochabhängigen Industriestaat überhaupt gelingen kann –, aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszukommen, und zwar

ohne die soziale Gerechtigkeit zu verletzen und ohne den sozialen Frieden zu stören.

Voraussetzung dafür wäre ein ehrlicher, vor allem ein uneingeschränkter Wille zur politischen Gemeinsamkeit. Er müßte deutlich stärker sein als Freude und Lust an vielfach wechselnden Taktiken und Interview-Gefechten, je nach tagespolitischer Opportunität. Zusammenarbeit ist nicht möglich bei unausgesprochen bleibenden versteckten Vorbehalten.

Die mehrfach wiederholte, öffentlich gebrauchte Redensart von den – ich zitiere – „neuen Sachfragen, die sich neue Mehrheiten suchen" hat Anlaß genug gegeben, innere Vorbehalte des Redners, nämlich des Kollegen Genscher, zu erkennen. Denn bisher, Herr Kollege Genscher, hatten wir doch alle Sachfragen einvernehmlich gelöst.

Die Bürger, die Medien und die öffentliche Meinung insgesamt, haben die von einem Bundesminister mir am 10. September abends vorgelegte Denkschrift nahezu übereinstimmend als „Scheidungsbrief" oder – ich zitiere – als „Manifest der Sezession" verstanden – das heißt auf deutsch: als Dokument der Trennung.

Dieses Verständnis ist durch die gestrige Erklärung des Bundesministers für Wirtschaft hier vor dem Bundestag keineswegs aufgehoben worden. Daß die Denkschrift mit dem vom gleichen Ressortminister zu verantwortende Jahreswirtschaftsbericht übereinstimmt, kann ich ebensowenig anerkennen. Es bleibt auch unverständlich, daß die Denkschrift ganz neuerdings bloß mittelfristig und nicht auch schon für die unmittelbare Zukunft gemeint gewesen sein soll.

Zu alledem hatte ja der gleiche Redner noch im Mai mehrfach vor der Industrie gesagt, ein etwaiger Regierungswechsel in Bonn werde nicht zum großen oder wichtigen Wechsel in der Wirtschaftspolitik führen; dazu fehle es unserem Staate objektiv an Handlungsspielraum.

Im übrigen aber hat die öffentliche Meinung die Denkschrift sehr richtig verstanden: Sie will in der Tat eine Wende, und zwar eine Abwendung vom demokratischen Sozialstaat im Sinne des Artikel 20 unseres Grundgesetzes und eine Hinwendung zur Ellbogengesellschaft.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU/CSU)

– Auf die Zwischenrufe aus der CDU kann ich nur sagen: Fragen Sie die katholische Arbeiterbewegung, wie sie das versteht!

Offenbar soll die Denkschrift als Wegweiser dienen zu anderen Mehrheiten. Jedenfalls wird dieser Eindruck bewußt in Kauf genommen, und er wird nicht überzeugend korrigiert.

Der durch das Verhalten mehrerer FDP-Politiker eingetretene Zustand der Unsicherheit darf nicht fortgesetzt werden.

Wenn ganze Landesverbände und viele einzelne Politiker des Koalitionspartners FDP miteinander öffentlich Streit führen über die Frage, ob man der Koalition treu bleiben solle oder ob man ein konstruktives Mißtrauensvotum wagen solle – und wenn ja, wann man es wagen solle –, so hätte die dadurch entstandene große Unsicherheit und zusätzliche Verunsicherung auch der Wirtschaft durch die Parteiführung ausgeräumt werden müssen. Dies ist nicht geschehen.

Im Interesse unseres Landes, im Interesse unseres parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems und seines Ansehens, nicht zuletzt im Interesse des sozialdemokratischen Koalitionspartners kann und will ich nicht länger zusehen, wie die Handlungsfähigkeit und das Ansehen der Bundesregierung stetig beschädigt werden. Es wird mir niemand verdenken, daß ich auch mich selbst nicht demontieren lassen möchte.

Ich habe letzte Woche die Opposition aufgefordert, einen konstruktiven Mißtrauensantrag einzubringen und damit einen anderen Bundeskanzler zu wählen.

Die Oppositionsführer haben darauf geantwortet, man wolle erst die Wahlen zu den Landtagen in Wiesbaden und in München abwarten. Erst danach werde man weitersehen.

Ich habe daraus entnommen, Herr Dr. Kohl, daß Sie gegenwärtig noch nicht glauben, genug Abgeordnete des Deutschen Bundestages hinter sich bringen zu können.

Aus der öffentlichen Diskussion von FDP-Politikern ist zu entnehmen, daß diejenigen, die den gegenwärtigen Bundeskanzler stürzen und durch Herrn Dr. Kohl ersetzen wollen, ebenfalls zunächst die beiden Landtagswahlen abwarten wollen, um damit die Reaktionen der Wählerinnen und Wähler auf den für Wiesbaden angekündigten Koalitionswechsel der FDP auszuprobieren.

Mit anderen Worten: Wenn die FDP in Wiesbaden die Fünfprozentschwelle überschreiten sollte, so würde dies einigen Bonner FDP-Politikern genug Mut zum Kanzlersturz einflößen. Wenn umgekehrt die FDP in Wiesbaden unter fünf Prozent bleibt und damit aus dem Landtage ausscheiden sollte, dann wollten dieselben Kollegen – vielleicht – bereit sein, die sozial-liberale Koalition in Bonn fortzusetzen. Aber ein Prozent mehr oder ein Prozent weniger in Wiesbaden ist keine solide Grundlage für eine Bundesregierung.

Für den ersten Fall, ein Prozent mehr, wird schon jetzt – so habe ich registriert – vorsorglich daran gearbeitet, die Schuld für den angestrebten Koalitionsbruch den Sozialdemokraten zuzuweisen.

Ich habe letzte Woche betont, daß – ungeachtet meines nachdrücklichen Hinweises auf die verfassungsrechtliche Möglichkeit eines konstruktiven Mißtrauensvotums – nur Neuwahlen zum Bundestag eine volle demokratische Legitimität für einen anderen Bundeskanzler, für eine andere Bundesregierung, für eine andere Politik ergeben können.

Ich wiederhole: die Bürger haben das Recht, zu wissen, mit welcher Absicht eine sogenannte neue Mehrheit tatsächlich antritt, welche Antworten ein anderer Bundeskanzler auf die Lebensfragen der Nation geben will und wie seine Führungsmannschaft, seine Ministermannschaft aussehen soll.

Herr Dr. Kohl hat bisher darauf mit keinem Wort geantwortet – welche Antworten? Welche Absichten? Außer Ihnen selbst, Herr Dr. Kohl, weiß niemand, ob Sie andere oder gar bessere Lösungen für die uns alle bedrängenden Probleme zur Verfügung haben.

Ich habe seit der Kabinettssitzung vorgestern mit meinen engsten politischen Freunden die Situation nüchtern geprüft. Herr Brandt, Herr Wehner und ich sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, daß Neuwahlen zum Bundestage in der Tat der beste Weg wären, um aus der gegenwärtigen innenpolitischen Krise herauszuführen. Sie sollten so schnell stattfinden, wie dies verfassungsrechtlich möglich ist.

Wir stimmen also ausdrücklich dem Ministerpräsidenten Stoltenberg zu, ebenso den Ministerpräsidenten Albrecht, Späth und Strauß, ebenso den Kollegen Barzel, Biedenkopf, Ihrem Generalsekretär Geißler. Diese CDU- und CSU-Führungspersonen, aber auch viele andere im Land, haben sich in den letzten Tagen ganz eindeutig für Neuwahlen ausgesprochen.

Sie selbst, Herr Dr. Kohl, haben vor einigen Tagen der „Westfälischen Rundschau" in Dortmund gleichfalls gesagt, am liebsten hätten Sie Neuwahlen. Allerdings, haben Sie hinzugefügt, sähen Sie im Augenblick keinen realistischen Weg dorthin. Und Sie haben dann noch hinzugefügt – ich zitiere wörtlich –: „Eine von der Union geduldete Minderheitsregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt wäre nur möglich, wenn sie in Absprache mit der Opposition Neuwahlen vorbereitet."

Und weiter wörtlich: „Ich sehe noch nicht den Kanzler der SPD, der solche Absprachen trifft."

Herr Dr. Kohl, Sie irren sich! Denn ich bin zu solcher Absprache und Vereinbarung bereit. Und ich bin sehr gespannt, ob Sie zu Ihrem Wort stehen können.

Ich mache hiermit den im Bundestag vertretenen Parteien und Fraktionen den Vorschlag einer Absprache, wie Herr Kohl sagte, oder einer Vereinbarung zum Zwecke der unverzüglichen Herbeiführung von Neuwahlen.

Jeder weiß, daß das Grundgesetz dafür einen Weg anbietet. Es ist allerdings ein sehr komplizierter Weg, und er bedarf einer politischen Willensbildung und Übereinstimmung einer Mehrheit des Bundestages.

Dieser Weg ist heute vor zehn Jahren schon einmal beschritten worden. Er führt über die Vertrauensfrage des Bundeskanzlers nach Artikel 68 des Grundgesetzes. Danach kann der Bundespräsident auf meinen Vorschlag den Bundestag dann auflösen, wenn vorher ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Mehrheit des Bundestages gefunden hat.

Aber als zweite Bedingung schreibt das Grundgesetz vor: Der Bundestag kann nur dann aufgelöst werden, wenn nicht inzwischen durch ein konstruktives Mißtrauensvotum ein anderer Bundeskanzler gewählt wird.

Der Weg der Vereinbarung, die ich Ihnen anbiete, ist für mich und vor allem für die mich tragende größere Regierungspartei wahrlich nicht leicht zu gehen, weil ja doch in Wirklichkeit volles Vertrauen zwischen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und dem Bundeskanzler besteht.

Ich für meine Person bin aber bereit, diese Bedenken zurückzustellen – für meine Parteifreunde wird mein Parteivorsitzender Willy Brandt im Laufe der Debatte das Wort ergreifen –, um

- erstens nach Verabredung die Vertrauensfrage zu stellen und
- zweitens meine eigenen Freunde zu bitten, sich der Abstimmung darüber fernzuhalten, damit ich anschließend dem Herrn Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestages vorschlagen kann. Dieser Weg setzt
- drittens voraus, daß er auf der Grundlage einer Vereinbarung durch eine klare Mehrheit des Bundestages beschritten wird, und
- viertens muß diese Vereinbarung natürlich einschließen, daß die Opposition von Artikel 68 Absatz 1 Satz 1 keinen Gebrauch macht.

(Lachen bei der CDU/CSU)

– Ich erkläre es gleich für diejenigen, die das Grundgesetz nicht unter der Achsel haben.

Mit anderen Worten: Die Verabredung muß den Verzicht der Opposition auf ein zwischenzeitliches Mißtrauensvotum einschließen, denn damit würden Neuwahlen auf unbestimmte Zeit verschoben, sofern Sie überhaupt Neuwahlen wirklich wollen.

Tatsächlich würde die Frage der Neuwahl des Deutschen Bundestages dann zum Handelsobjekt bei bevorstehenden Koalitionsverhandlungen zwischen Ihnen und unse-

rem bisherigen Partner FDP; vielleicht finden die Neuwahlen dann überhaupt nicht statt.

Ich will eines klarstellen: Ich kann Ihnen keineswegs – ich will das natürlich auch gar nicht – den Weg über das konstruktive Mißtrauensvotum abschneiden, zu dem ich Sie ja letzte Woche aufgefordert hatte, ohne bisher eine Antwort zu erhalten. Selbst wenn Sie ihn jetzt noch beschreiten wollen, so kann es für diesen Weg natürlich keine Mitwirkung durch den Bundeskanzler geben. Sie müssen dann selbst ausprobieren, ob Sie bei der FDP genug Stimmen finden können. In jedem Falle aber muß, so denke ich, der Oppositionsführer alsbald erklären, wann eigentlich er die Neuwahl will, von der die ganze CDU und die ganze CSU öffentlich reden.

Ich bin also bereit, alle Partei- und Fraktionsvorsitzenden des Bundestages für nächste Woche zum gemeinsamen Gespräch für eine solche Vereinbarung einzuladen.

Dabei gehe ich davon aus, daß die Neuwahl zum Bundestag noch in diesem Herbst stattfinden soll.

Wie Sie wissen, besteht die grundgesetzliche Vorschrift aus Artikel 39, daß die Neuwahl nicht später als 60 Tage nach Auflösung des Bundestages zu erfolgen hat. Ich denke also an Neuwahl für etwa Ende November.

Wir sind uns gewiß alle darüber im klaren, daß die Auflösung des Bundestages mitten in einer Wahlperiode eine Ausnahme bleiben muß. Deshalb haben die Väter des Grundgesetzes ja unter dem Eindruck der negativen Erfahrung mit häufigeren Reichstagsauflösungen in der Weimarer Republik die Parlamentsauflösung bewußt außerordentlich schwierig gemacht. Das war eine gute und richtige Entscheidung. Sie haben nur diesen einen von mir soeben beschriebenen komplizierten Weg offengelassen.

Weil aber die Bundesrepublik inzwischen politisch erwachsen geworden ist, weil Weimarer Verhältnisse auch in Zukunft in Bonn nicht zu befürchten sind, zweifle ich nicht, daß die Wählerinnen und Wähler meinen Vorschlag verstehen werden. Im Gegenteil, ich bin überzeugt, die öffentliche Meinung Deutschlands wird den Vorschlag für unverzügliche Neuwahlen einhellig begrüßen.

Herr Brandt, Herr Wehner, alle meine politischen Freunde und ich, wir sind uns dessen sehr bewußt, daß sich die Sozialdemokratie gegenwärtig in einem handfesten politischen Tief befindet. Wir wissen, daß wir bei Neuwahlen wahrscheinlich Federn lassen müssen. Angesichts der Weltwirtschaftskrise kann gegenwärtig kaum irgendwo in einem parlamentarisch-demokratischen Staat der Welt eine Regierungspartei zusätzliche Wähler für sich gewinnen. Das wird wohl auch uns so gehen.

Aber die SPD ist eine selbstbewußte Partei, die auch Krisen durchstehen kann! Dies hat sie im Laufe ihrer 120-jährigen Geschichte in weit schwereren Zeiten oft genug bewiesen. Wir tragen die Regierungsverantwortung mit innerer Überzeugung, aber wir kleben nicht an unseren Stühlen!

Ich verkenne keineswegs, daß Neuwahlen auch für die FDP schwerwiegende Fragen aufwerfen. Sie wird Mut brauchen, um Neuwahlen zuzustimmen. Denn wenn sie im Wahljahr 1980 mit 10,6 Prozent der Zweitstimmen in den Bundestag eingezogen ist, so steht ein solches Ergebnis gegenwärtig für sie nicht in Aussicht.

Aber es wäre nicht in Ordnung, meine Damen und Herren von der FDP, wenn Sie ihre 1980 mit den Plakattiteln „Schmidt/Genscher" gegen CSU und CDU gewonnenen Mandate jetzt in eine Regierung aus CDU/CSU und FDP einbrächten.

Die kritische Lage der FDP ist von einigen ihrer Führungspersonen selbst verursacht worden. Ich kann Ihnen die Feststellung nicht ersparen, daß Sie demnächst aus vorangegangenem Tun haften müssen, und ich hoffe, daß Sie gute Schuldner sein werden.

Wenn jetzt, meine Damen und Herren, eine geschichtliche Epoche in der Entfaltung unseres demokratischen Gemeinwesens beendet wird, wenn jetzt die Zukunft dieser Entfaltung ungewiß ist, so will ich in diesem Zusammenhang meinen Stolz auf das in der sozial-liberalen Koalition Geleistete noch einmal hervorheben. Das gilt für die Aufarbeitung des Reformdefizits, das wir 1969 vorgefunden haben, das gilt für den Ausbau des Sozialstaats, das gilt ebenso für unsere Friedenspolitik im Verein mit unseren Bündnispartnern, aber auch gegenüber den Nachbarn im Osten.

Ich bin stolz auf diese gemeinsame Leistung, und ich werde sie mit großem persönlichen Einsatz verteidigen. Ich stehe ebenso eindeutig zu allem, was wir bis zum heutigen Tage miteinander verabredet haben.

Ich gehöre zu denjenigen Sozialdemokraten, die im Laufe der gemeinsamen Arbeit zu vielen Abgeordneten der FDP sehr enge kollegiale und menschliche Bindungen gefunden haben. Ich danke Ihnen allen, besonders Wolfgang Mischnick, ebenso besonders denen, die bis zur letzten Stunde treu zur sozial-liberalen Koalition stehen.

Ich bin auf sehr viel guten Willen in Ihrer Fraktion zur sozial-liberalen Zusammenarbeit gestoßen. Das ging schon meinem Vorgänger im Amte, Herrn Willy Brandt, so. Das hat uns immer wieder Kraft gegeben für die Anstrengungen, die nötig waren, um bei Meinungsverschiedenheiten Kompromisse zu finden, die zugleich sowohl dem öffentlichen Wohle nützlich als auch beiden Koalitionspartnern tragbar waren.

Dies galt zuletzt für die schwierigen Beratungen zum Haushaltsgesetzentwurf für 1983 und für die ihn begleitenden Gesetzestexte am 30. Juni und am 1. Juli.

Ich habe mich danach in einem langen Gespräch am 31. Juli mit Herrn Kollegen Genscher um Stabilisierung der Gemeinsamkeit bemüht, erneut in der Kabinettssitzung am 25. August. Im gleichen Sinne habe ich am Abend des 25. August Herrn Genscher einen persönlichen Brief geschrieben: der Brief hat am 30. August zu einem weiteren Gespräch geführt.

Ich habe bis zu diesem Mittwoch jede denkbare Anstrengung zur Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit unternommen – gegen die Skepsis fast der gesamten deutschen Presse und gegen viele Skeptiker in beiden Koalitionsfraktionen. Ich habe es an gutem Willen nicht fehlen lassen.

Aber nach den Ereignissen der letzten Tage mußte ich das politische Vertrauen zu einigen Führungspersonen der FDP verlieren. Eine weitere Zusammenarbeit ist weder den sozialdemokratischen Bundesministern noch dem Bundeskanzler zuzumuten.

Die Herren Genscher und Mischnick kennen den Text der Erklärung, die ich Ihnen gegenwärtig unterbreite, seit anderthalb Stunden. Herr Genscher teilt mir daraufhin soeben den Rücktritt der vier FDP-Minister mit.

Ich habe die Absicht, bis zur Neuwahl des Bundestages das Auswärtige Amt selbst zu führen. Ich habe die Absicht, bis zur Neuwahl des Bundestages den Bundesminister Lahnstein zugleich für das Bundesministerium für Wirtschaft, den Bundesminister Schmude zugleich für das Bundesministerium des Innern und den Bundesminister Engholm zugleich für das Landwirtschaftsministerium zuständig zu machen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU/CSU)

– Wenn in einer so ernsten Stunde angesichts der freundlichen Gesichter in der CDU auch eine Freundlichkeit meinerseits erlaubt ist: Björn Engholm natürlich deshalb, weil er neben Josef Ertl einer derjenigen ist, die wirklich etwas von Fisch verstehen.

Der Oppositionsführer hat heute in einer Frankfurter Zeitung einen politischen Neuanfang verlangt. „Neuanfang", Herr Dr. Kohl, ist ein sehr unklares Wort. Bekennen Sie sich zur Neuwahl in der kürzesten Frist, wie Sie in der letzten Woche schon in vielen Zwischenrufen von den Bänken der Opposition verlangt worden ist.

Ich habe Sie vorhin zitiert; Sie sprachen da in einem anderen Zeitungsgespräch von einem Minderheitskabinett. Ich wiederhole: Damit will ich nicht hantieren, sondern ich bin für die Neuwahl des Bundestages.

In der Zwischenzeit werden die sozialdemokratischen Minister und ich unsere Pflicht tun. Die laufende Regierungsarbeit wird keinen Schaden nehmen. Sie hat auch bisher keinen Schaden genommen, wenn die Bürger das auch kaum zur Kenntnis gebracht bekommen haben.

Ich fasse zusammen: Nicht nur viele junge Deutsche, sondern auch eine große und zunehmend größer werdende Zahl von älteren Bürgern fühlen sich in den letzten Monaten durch das, was „die in Bonn" tun oder lassen, zunehmend bedrückt. Ich kann diese Sorgen gut verstehen, denn ich teile sie. Weil ich meine Verantwortung ernst nehme, weigere ich mich, taktischen Manövern noch länger zuzusehen.

Uns Sozialdemokraten sind Ansehen und Festigkeit der Demokratie wichtiger als taktische Vorteile zugunsten der eigenen Partei.

Ich habe Mal um Mal dem Koalitionspartner das ernst gemeinte Angebot gemacht, in einer großen und gemeinsamen Anstrengung die Handlungsfähigkeit der sozialliberalen Bundesregierung zu kräftigen und über den Haushalt 1983 hinaus schöpferische Regierungsarbeit auch in der zweiten Hälfte dieser Legislaturperiode zu leisten.

Ich bin Mal um Mal ohne eine klare Antwort geblieben. Ein einziger Satz hätte Klarheit schaffen können. Er ist bis heute ausgeblieben. Statt dessen habe ich viele Male von Herrn Kollegen Genscher hören oder lesen müssen, neue Sachfragen schüfen sich neue Mehrheiten.

Es drängt sich mir der Eindruck auf, daß die Haushaltsberatungen von einigen Führungspersonen der FDP nur noch zum Schein geführt werden, weil ein Vorwand gesucht wird, mit dem der Partnerwechsel dem Publikum erklärt werden soll.

Was da seit Wochen über Zeitpläne und Fahrpläne für den Wechsel geredet und geschrieben, aber niemals richtiggestellt worden ist, berührt die Selbstachtung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, berührt die Selbstachtung der sozialdemokratischen Bundesminister und berührt meine eigene Selbstachtung.

Aber auch wenn meine persönlichen Empfindungen nicht so wichtig sind: Wichtig bleibt, das Regierungsamt nicht durch Machenschaften beschädigen zu lassen!

Eigensüchtiges parteiliches Handeln schadet dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland – auch jenseits unserer Grenzen. Verläßlichkeit für unsere Partner im Bündnis und unsere Nachbarn in West und Ost schaffen wir nicht allein durch die Kontinuität unserer Außen- und Sicherheitspolitik, sondern die Berechenbarkeit für unsere Verbündeten und für unsere Partner hängt in erster Linie von der Glaubwürdigkeit unseres demokratisch-parlamentarischen Systems ab.

Ich bitte deshalb die im Bundestag vertretenen Parteien und Fraktionen, gemeinsam einen mutigen Schritt zu tun, um die gegenwärtige innenpolitische Krise zu beenden, auf überzeugende Weise und schnell zu beenden. – Ich danke Ihnen.

C

AL 5

Bonn, den 17. September 1982

-Vfg.-

Über

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn Bundeskanzler

nachrichtlich: Herrn StS Bölling, Herrn StM Wischnewski

Betr.: Gegenargumente zu Argumenten von CDU-FDP in der heutigen Debatte

Wir legen Ihnen zunächst zwei kurze Aufzeichnungen vor.

zu a) Münchner Partei als Ursache des Endes

zu b) Nutzung des Namens Helmut Schmidt durch die FDP bei der Bundestagswahl 1980

Auch Herr Bölling könnte die Hinweise vielleicht nutzen.

(Albrecht Müller)

 Bonn, den 17. September 1982

Zum Münchner Parteitag

Genscherbehauptung: Ausgangspunkt der Trennung seien die Münchner SPD-Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik gewesen. (Durch wörtliches Zitat ersetzen)

Dazu ist festzustellen:

1. "Wende-Brief" Genschers wurde im August 1981 beschrieben; der Münchner Parteitag fand im April 1982 statt.

2. Teile der FDP haben sich mit "Wende-Brief" und nachfolgenden Erklärungen von den geistigen Fundamenten des So-

zial-Liberalismus entfernt: Dem Freiburger Programm und dem Gedankengut Karl Hermann Flachs.

3. Die in München formulierten Positionen zur Wirtschaftspolitik der SPD sind ein Partei- und kein Regierungsprogramm Es heisst in diesen Beschlüssen wörtlich:

"Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik steht bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag und im Bundesrat unter dem Zwang zu Kompromissen. In der Bundesregierung und im Bundestag muss eine Verständigung mit dem Koalitionspartner gefunden werden. Im Bundesrat ist aus verfassungsrechtlichen Gründen bei den meisten finanz-, steuer- und wirtschaftspolitischen Gesetzen die Zustimmung der CDU/CSU-regierten Länder erforderlich."

...

Es kann also keine Rede davon sein, das die SPD mit den Münchner Beschlüssen ihre Kompromissfähigkeit verloren hätte.

So sah es damals auch die FDP:
"Die SPD unterstrich auf ihrem Parteitag traditionelle sozialdemokratische Politik ... Das ist nichts Neues und braucht uns nicht weiter aufzuregen...
(FDP-Informationsbrief Nr. 2 vom 29. April 1982)

4. Über sachliche Unterschiede im Detail wären bei vorhandenem Willen zur Gemeinsamkeit Kompromisse möglich gewesen, z.B. über Ergänzungsabgabe, Arbeitsmarktabgabe, Höhe der Neuverschuldung.
Aber Grundsatz der sozial gerechten Lastenverteilung konnten wir uns nicht abhandeln lassen.

53 Bonn, den 17. September 1982

Nutzung des Namens Helmut Schmidt durch die FDP im Bundestagswahlkampf 1980

Zwei Belege, die zeigen, dass die FDP bei der BTW '80 mit dem Namen und der Popularität Helmut Schmidts um Wähler geworben hat:

a) "Wer FDP wählt, garantiert, dass Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibt, ...Auch hier soll der Wähler wissen woran er ist mit der Freien Demokratischen Partei, ohne Wenn und ohne Aber." (Vgl. Anlage 1)
(So Genscher auf dem Wahlparteitag der FDP im Juni 1980)

b) "Für die Regierung Schmidt / Gensche gegen Alleinherrschaft einer Partei, gegen Strauss. Diesmal F.D.P." (Vgl. Anlage 2) FDP Wahlanzeige

Anlage 1

F.D.P.
Die Liberalen

REDE

DES BUNDESVORSITZENDEN DER

FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI

HANS-DIETRICH GENSCHER

AUSSERORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG
FREIBURG, 6. / 7. Juni 1980

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: Freitag, 6. Juni, 15.30 Uhr.

Meine Parteifreunde,
die vor uns liegenden Aufgaben, die Entschlossenheit, die liberalen Ziele unserer Wahlplattform durchzusetzen, Jahrelange gute Erfahrungen partnerschaftlicher Zusammenarbeit, der Wille, als Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei mit Helmut Schmidt als Bundeskanzler die sozial-liberale Politik fortzusetzen, die unserem Land inmitten einer schwer mit politischen und wirtschaftlichen Problemen ringenden Welt eine freiheitliche Ordnung, politische und wirtschaftliche

Stabilität, sozialen Fortschritt und sozialen Frieden gesichert hat, die Notwendigkeit, unserem geteilten Land durch Fortsetzung unserer Politik der Entspannung und des Ausgleichs den Frieden zu sichern, das alles veranlasst mich, Ihre Zustimmung zu der folgenden Erklärung zu beantragen.

Der Parteitag wolle beschliessen:
"Die Freie Demokratische Partei erklärt ihren Willen zur Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition für die nächste Legislaturperiode.

Sie ist entschlossen, unter Verwirklichung eines Höchstmasses an liberaler Politik die Koalition auch weiterhin zu einem gemeinsamen Erfolg für unser Land zu machen."

Dabei ist für uns als Liberale selbstverständliche Beschlussgrundlage: Koalition, das bedeutet: keine Partei hat die absolute Mehrheit.

Wir entziehen den Bundeskanzler nicht seiner sozialdemokratischen Partei, wenn wir als Koalitionspartner sagen:

Wer F.D.P. wählt, garantiert, dass Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibt, und er entscheidet endgültig, dass Franz Josef Strauss nicht Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden kann. Auch hier soll der Wähler wissen, woran er ist mit der Freien Demokratischen Partei, ohne Wenn und ohne Aber.

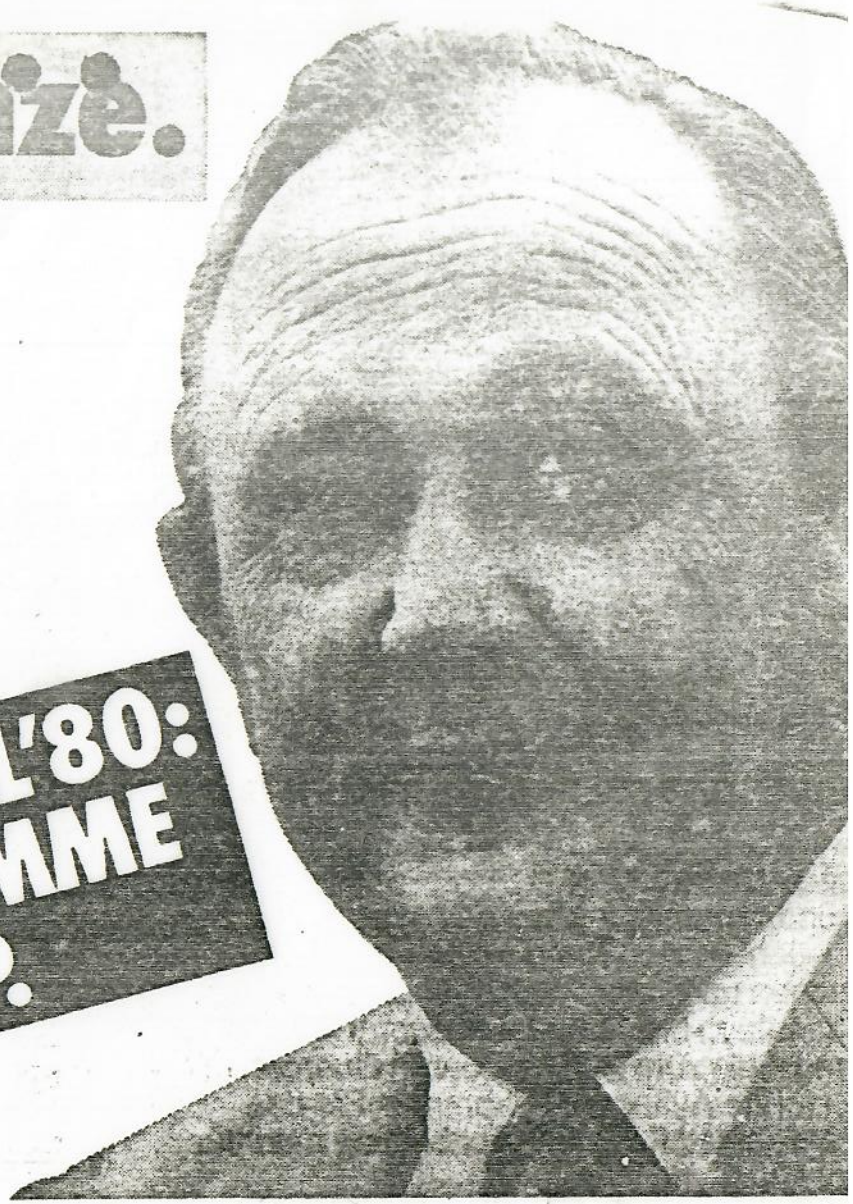
Wir wollen die sozial-liberale Koalition als verlässliche und faire Partner fortführen. Wir sind dabei zugleich die Garanten dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit.
Die Entscheidung über uns ist die Entscheidung über die Fortführung der Koalition.

Diesmal geht's ums Ganze.

Für die Regierung
Schmidt/Genscher,
gegen Alleinherrschaft
einer Partei,
gegen Strauß.

Diesmal F.D.P.

Die Liberalen



**FAUSTREGEL '80:
ZWEITSTIMME
F.D.P.**

GA, 3.10.80

D

Entschließung des Parteirats der SPD am 19. September 1982

Die Bundesrepublik Deutschland am Scheideweg

Der Parteirat dankt Bundeskanzler Helmut Schmidt für die politische Initiative, die er mit seiner großen Rede am 17. September 1982 im Deutschen Bundestag ergriffen hat. Er dankt ihm zugleich, daß er bereit ist, die SPD in die Neuwahlen, um die wir kämpfen, zu führen.

I.

Eine Mehrheit der Führung der F.D.P. hat ihr Wahlversprechen für 1980 gebrochen. Genscher wörtlich: "Wer F.D.P. wählt, garantiert, daß Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibt. Wir wollen die sozial-liberale Koalition als verläßliche und faire Partner fortführen, wir sind dabei zugleich die Garanten dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Die Entscheidung über uns ist die Entscheidung über die Fortführung der Koalition." Das war im Juni 1980. Heute will die F.D.P. Bundeskanzler Helmut Schmidt stürzen und Helmut Kohl an seine Stelle setzen. Durch Neuwahlen jetzt - wie dies Bundeskanzler Helmut Schmidt vorgeschlagen hat - müssen die Wählerinnen und Wähler selbst über den weiteren Weg unseres Landes entscheiden. Eine große Mehrheit des Volkes steht hinter diesem Vorschlag.

Es gibt zahllose Erklärungen und Forderungen aller führenden Persönlichkeiten der CDU/CSU : Neuwahlen jetzt.

Bundeskanzler und die SPD haben den Weg zu Neuwahlen eröffnet. Wenn die CDU/CSU Neuwahlen jetzt ablehnt, dann wird das der erste Bruch an Glaubwürdigkeit nach dem Ende der sozialliberalen Koalition.

Die Ehrlichkeit gebietet es, den Bürger selbst entscheiden zu lassen, wem er die Mehrheit geben will, anstatt eine "neue Mehrheit" herbeizutaktieren und Neuwahlen zum politischen Handelsobjekt zu machen. Selbst ein großer Teil der Wählerschaft der CDU hält Helmut Schmidt für den geeigneten Staatsmann an der Spitze der deutschen Regierung. Die Eile, in der Helmut Kohl zusammen mit Genscher den Weg des konstruktiven Mißtrauens-

votums gehen will, zeugt von seiner Unsicherheit, auch hinsichtlich des Rückhalts in der eigenen Partei.

In der Wählerschaft insgesamt gibt es eine Mehrheit, die den gesellschaftspolitischen Rückschritt ablehnt. Es ist jetzt die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, diese Mehrheit bei sich zu sammeln und auch dem Gedanken des sozialen Liberalismus eine Heimat zu sein.

II.

Der von Kohl, Genscher und Lambsdorff vorgeschlagene neokonservative Weg in die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bürdet die Lasten der Krise allein den Arbeitnehmern, den Rentnern, den Mietern und den sozial Schwächsten auf und begünstigt die Vermögenden. Diese Rezeptur hat andere Volkswirtschaften in den wirtschaftlichen Niedergang getrieben und die Weltwirtschaft an den Rand einer Depression gebracht.

Die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung erfordert Opfer von allen, die Arbeit und Einkommen besitzen. Diese Beiträge sind besonders von denen gefordert, die höhere und Höchsteinkommen haben. Sozialdemokraten treten für eine zeitlich begrenzte Ergänzungsabgabe für die höheren Einkommensgruppen ein, um damit wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit konjunkturgerecht zu finanzieren und auch die Besserverdienenden an den gemeinsam zu tragenden Lasten zu beteiligen.

Einer Politik, die auf Spaltung der Gesellschaft und Klassenkampf von oben hinausläuft, stellen Sozialdemokraten in Übereinstimmung mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Solidarität der Starken mit den Schwachen gegenüber.

III.

Die sozialliberale Koalition hat ein weltweit anerkanntes Kapitel deutscher Außenpolitik geschrieben. Sie hat in den 70er Jahren den Frieden in unserem Teil der Welt sicher gemacht, den Weg zur

Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn geebnet und das Gewicht der Bundesrepublik - auch im eigenen Bündnis - beträchtlich erhöht. Sie hat unser Land aus der Gefahr der Isolation herausgeführt, in der es durch engstirnige Politik der Unionsparteien geraten war.

Wer in Bonn die Regierungsverantwortung trägt, wird daran gemessen werden, ob unser Land sein internationales Gewicht wahren und womöglich weiter stärken kann oder ob es sich wieder darauf verläßt, daß seine Interessen von den Verbündeten wahrgenommen werden. Es würde dann aufhören, eine eigene aktive Rolle in der Friedenssicherung zu spielen.

Die deutschen Sozialdemokraten bekennen sich zur Fortführung der Entspannungspolitik. Sie treten für ein entschlossenes Bemühen um neues Vertrauen zwischen Ost und West ein. Nur wenn der politische Wille zur Zusammenarbeit wieder wächst, hat die Rüstungsbegrenzung eine Chance. Jeder deutsche Bundeskanzler hat die Pflicht, das Menschenmögliche zu tun, damit auf deutschem Boden keine weiteren Raketen stationiert zu werden brauchen ; die Sozialdemokratie steht zu ihren Beschlüssen des Münchner Parteitags.
Die Sozialdemokraten unter Führung von Willy Brandt und Helmut Schmidt standen und stehen für selbstbewußte Vertretung deutscher Interessen und gleichzeitig für freundschaftliche Zusammenarbeit. Sie haben sich damit in aller Welt Achtung und Respekt erworben, die unserem Land zugute gekommen sind. Helmut Kohl hat gezeigt, daß von ihm eine Fortführung dieser Politik nicht erwartet werden kann. Standpunktlosigkeit gegenüber den Verbündeten und ängstliche Initiativlosigkeit gegenüber dem Osten würden der Bundesrepublik schlecht bekommen. Unser Land steht am Scheideweg.

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung
Aktuelle Presseinformation

DIE WELT
18. SEP. 1982

E

Kritik in der FDP an Genscher

DW. **Bonn**

In der FDP-Bundestagsfraktion ist die Probeabstimmung über die beabsichtigten Koalitionsverhandlungen mit der CDU unterschiedlich bewertet worden. Fraktionsmitglieder wie Jürgen Möllemann bezeichneten sie als Entscheidung für ein konstruktives Mißtrauensvotum mit Helmut Kohl als Kanzlerkandidaten. Demgegenüber wiesen andere FDP-Parlamentarier, darunter Detlef Kleinert, diese Interpretation von sich. Kleinert wollte auf jeden Fall das Ergebnis der Verhandlungen mit der Union abgewartet wissen, bevor er sich in dieser Frage entscheide. Bei der Abstimmung (33 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltung) waren zwei Befürworter des Wechsels zur Union nicht anwesend.

Das FDP-Vorstandsmitglied Wiliam Borm, einer der Befürworter des Fortbestehens der SPD/FDP-Koalition, nannte es „mehr als frivol, wenn Hans-Dietrich Genscher der SPD die Schuld am Scheitern gibt". Genscher habe seit Wochen bewußt auf den Bruch hingearbeitet. Der SPD sei lediglich der Vorwurf zu machen, „daß sie sich das zu lange gefallen ließ". Borm vertrat die Auffassung, die FDP stehe jetzt vor der Spaltung. Der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, Werner Lutz, und das FDP-Bundesvorstandsmitglied Christoph Strässer sprachen von einem „Koalitionsbruch durch die FDP-Minister".

Borm zitiert